

28.05.2010 – PM 37/2010

IG BAU zum heutigen Treffen der EU-Agrarminister:
„Subventionen an Jobs koppeln“

Agrar-Mindestlohn für 290.000 Beschäftigte

Frankfurt am Main – Die IG Bauen-Agrar-Umwelt hat einen Mindestlohn für die 290.000 Beschäftigten in der deutschen Landwirtschaft gefordert. Dieser müsse bundesweit bei 8,50 Euro liegen. Mittelfristig seien zehn Euro notwendig. „Ansonsten können die Agrarbeschäftigten keine existenzsichernde Rente aufbauen. Ihnen droht Altersarmut. Schon heute können viele von dem, was sie in der Landwirtschaft verdienen, nicht leben“, sagt der Bundesvorsitzende der Agrar-Gewerkschaft IG BAU, Klaus WieseHügel. Noch immer seien Löhne von 6,50 Euro und weniger in der deutschen Landwirtschaft gang und gäbe.

Beim Informellen Treffen der EU-Agrarminister, das am Sonntag im spanischen Mérida beginnt, müssten soziale Missstände im Agrarsektor stärker in den Fokus gerückt und zum Schwerpunkt der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) werden. Andernfalls drohe europaweit eine Prekarisierung auf dem Arbeitsmarkt, so WieseHügel. In Deutschland gehörten derzeit insbesondere Frauen und Migranten zu den Verlierern der Branche.

Der IG-BAU-Chef sprach sich für eine grundlegende Änderung bei der Agrarsubvention aus: „Die Gelder dürfen nicht länger nur von der Hektarfläche abhängen. Entscheidend ist auch die Zahl der Arbeitskräfte. Genau sie müssen zum ‚Kriterium Nummer eins‘ für die Vergabe von Subventionen werden“, fordert Klaus WieseHügel. Landwirtschaftliche Betriebe, die europäische Standards bei den Arbeitsbedingungen verletzen, sollten von Zahlungen aus dem EU-Agrartopf künftig ganz ausgeschlossen werden. Hierfür müsse sich Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) am Wochenende bei dem Treffen mit ihren Amtskollegen stark machen.

Darüber hinaus sprach sich die Agrar-Gewerkschaft für die Schaffung einer europäischen Beobachtungsstelle für Beschäftigung aus. Diese solle regelmäßig die Zahl der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft und deren

Arbeitsbedingungen erfassen. Nach Angaben der IG BAU gibt es in allen 27 EU-Mitgliedstaaten derzeit rund 2,7 Millionen Agrarbeschäftigte. „Für sie brauchen wir dringend verbindliche Richtlinien beim Arbeitsschutz. Noch immer erreicht die Landwirtschaft bei den Unfällen einen traurigen Rekord“, so Klaus WieseHügel. Im vergangenen Jahr habe es in der deutschen Landwirtschaft 210 tödliche Unfälle gegeben. Betriebe, die nicht zum Schutz der Arbeitnehmer beitragen, sollten keine Förderung mehr erhalten.

Zudem sprach sich die IG BAU für eine bessere berufliche Aus- und Weiterbildung in der Landwirtschaft aus. Einen Katalog mit allen Forderungen der Agrar-Gewerkschaft zur Gemeinsamen Agrarpolitik hat die IG BAU zum Informellen Treffen der EU-Landwirtschaftsminister vorgelegt. Dieser ist als „Agrar-Agenda 2013“ im Internet abzurufen: www.igbau.de/db/v2/frameset.pl?sid=11836

(2694 Zeichen)